



Das war's für dieses Jahr: Am Tag nach der Bundestagswahl begann das Ab- und Aufräumen der Ständer und Plakate. Den Abgeordneten bleibt indes keine Zeit zum Auf- und Durchschauen – es geht in Berlin gleich richtig los. F.: Hildenbrand/dpa

Abschied von der SPD-„Hochburg“

Volksparteien stehen auch in Nürnberg vor Neuorientierung

VON WOLFGANG HEILIG-ACHNECK

Die Katerstimmung vom Wahlabend wird in den beiden sogenannten Volksparteien sicher noch länger zu spüren sein – gerade auch in Nürnberg. Eine Stadt, die altgediente SPD-Mandatsträger bis heute gerne als eine ihrer Hochburgen betrachten. Nach bayerischen Maßstäben mag das gepasst haben. Aber auch hier war der eine oder andere zu erleben, der mit weit mehr Selbstbewusstsein unterwegs war als es der längst geschwundenen Bedeutung der Partei entsprach – und das ist offenbar vielen sauer aufgestoßen. Wenn sich die „gute alte SPD“ (sagt das nicht alles?) nun, wie es im Werbejargon heißt,

DER STANDPUNKT

„neu erfinden“ muss, dürfte die Ratlosigkeit erst einmal groß sein, wie das zu bewerkstelligen ist.

Auf der CSU-Seite können auch die errungenen Direktmandate das Debakel kaum verdecken. In der „Süder-Metropole“ deutlich unter 30 Prozent gerutscht zu sein und nicht einmal im Knoblauchland oder im topbürgerlichen Laufhamolz die 50-Prozent-Marke geknackt zu haben, trifft – ein Jahr vor der Landtagswahl – auch ihren Lokalmatador und Strahlemann ins Mark. Aber auch andere Christsoziale wählten sich offenbar allzu sicher im Sattel – und die früher immer mal wieder beschworene Demut blieb unterm Strich wohl ein Lippenbekenntnis.

CSU wie SPD stecken in einem echten Dilemma: Vermutlich hilft ihnen weder die Rückbesinnung auf (noch mehr) Tradition, noch eine radikale Abkehr davon. Wenigstens können sie in Nürnberg die Kursbestimmung vielleicht etwas gelassener angehen als in Berlin, denn auf Stadtrat und Landtag wirkt sich die Wahl vom Sonntag vorerst nur indirekt aus.

Handfeste Folgen auch für die Kommunalpolitik sind dann vom Programm der künftigen Regierungskoalition zu erwarten, sei es in der Umwelt- und Verkehrs- oder in der Sozialpolitik. Welche Handschrift sich da jeweils durchsetzt, bleibt abzuwarten.

In Muggenhof ging nur jeder Zweite zur Wahl

Erste Auswertung: In den Nürnberger Wahlergebnissen spiegeln sich auch erhebliche soziale Unterschiede

VON WOLFGANG HEILIG-ACHNECK

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist so schnell nicht zu verdauen – gestern aber richtete sich das Augenmerk erst einmal auf Einzelheiten, Trends und Vergleiche. Für die Stadt Nürnberg lieferte das Wahlamt erste Auswertungen. Ein Überblick.

Die **Wahlbeteiligung** lag bei 74,2 Prozent und damit im Mittelfeld der 15 größten Städte. Dabei ist der Anstieg um 7,3 Punkte zu einem nicht unerheblichen Teil auf die AfD zurückzuführen, der es offenkundig gelang, frühere Nicht-Wähler zu mobilisieren. Den Top-Wert erreichte Stuttgart mit 79,6 Prozent, während Duisburg mit 68,7 Prozent hinterherhinkt. Auf den ersten Blick verwunderlich erscheint, dass in Nürnberg rund 5100 Wahlbenachrichtigungen weniger verschickt wurden als bei der Bundestagswahl 2013. Dabei ist die Einwohnerzahl seither doch weiter spürbar gestiegen.

Liegt das womöglich allein an der Zuwanderung von Nicht-Deutschen? „Der Faktor spielt eine Rolle, aber zu berücksichtigen ist auch die Verschiebung der Altersgruppen“, betont Wolf



Konzentriert bei der Auswertung: Michael Ruf (links) und Wahlamtsleiter Wolf Schäfer am Wahlabend im Presseclub. Foto: Roland Fengler

Schäfer, der Leiter des Amtes für Statistik und Wahlforschung. „Ältere sterben, das lässt die Zahl der Wahlberechtigten sinken, während die Kinder und Jugendlichen, die maßgeblich zur höheren Einwohnerzahl beitragen, noch nicht wählen dürfen.“ Nicht unerheblich sind die Unterschiede nach **Stadtteilen**: Mehr als 80 Prozent

Wahlbeteiligung gab es im Knoblauchland, in Katzwang, Kornburg, Ziegelstein, Buchenbühl, Erlentegen, Mögeldorf und Zabo sowie in Fischbach, Brunn, Altenfurt, Moorenbrunn und Krottenbach/Mühlhof (Spitzenwert: 88,5 Prozent im Statistikbezirk Schmausenbuckstraße). Weniger als 60 Prozent der Wahlberechtigten gin-

gen in Schweinau, Gibitzenhof/Dianastraße und Sünderbühl zu den Urnen, in Muggenhof nur 51 Prozent.

Spiegeln sich schon darin die **unterschiedlichen Prägungen der Stadtteile** („Sozialraumtypen“), gilt das ebenso für die Wahlerfolge der verschiedenen Parteien: Eindeutig drittstärkste Partei ist die AfD in den sogenannten gemäßigten und sozial angespannten Quartieren. Jeweils mehr als 20 Prozent fährt die AfD in Langwasser-Südost, Muggenhof und Schweinau ein.

In einzelnen Stimmbezirken hat die AfD sogar vor allen anderen die Nase vorn; in der Giesberts- und in der Rieterborstraße gab mehr als jede(r) Vierte der Protestpartei seine oder ihre Stimme. „Wenn man so will, sind das die Hochburgen“, so Schäfer, „aber wir verwenden diesen Begriff erst, wenn sich ähnliche Werte über mehrere Wahlen hinweg ergeben.“

Zu denken gibt die Auswertung jener 30 Wahlbezirke (alle im Wahlkreis Nürnberg-Süd), in denen mehr als 15 Prozent **Wahlberechtigte mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion** leben. Die CSU verlor dort fast 15 Prozentpunkte, in nahezu gleichem Umfang legte die AfD zu. In den elf Bezirken mit mehr als 20 Prozent Zuwandereranteil aus GUS-Staaten ist diese Relation sogar noch ausgeprägter. „Die AfD-Stimmen müssen nicht eins zu eins von diesen kommen, sondern könnten ebenso von denen stammen, die damit ein Problem haben“, warnt Schäfer vor voreiligen Schlüssen.

Hohe AfD-Werte sind parallel dazu auch dort zu verzeichnen, wo viele Bürger aus osteuropäischen EU-Ländern ansässig sind. Wo hingegen Migranten etwa aus der Türkei stark vertreten sind, schlägt das Pendel deutlich zur SPD und den Linken aus.

Die FDP holt in „neuen Wohnquartieren“ und „City-/Dienstleistungsquartieren“ überdurchschnittlich viele Stimmen, in Letzteren sind auch die Grünen besonders stark, die Linke dagegen erwartungsgemäß vor allem in sozial angespannten Quartieren. In ihren Hochburgen lässt die Linke auch die SPD hinter sich, die dort fast zweistellig verliert.

Bundestagswahlen in Nürnberg von 1949–2017

